Stadt Rödermark
Anfrage vom 16.11.2025
öffentlich

Drucksache Nr.: DS/364/25
Einreicher/in: Frau Rüger, Anke

Anfrage der SPD-Fraktion: Verletzung Konnexitätsprinzip DS 136/25

Antragstellung: SPD-Fraktion
Anke Rüger

Beratungsfolge:

Gremium	Datum	Ö/N
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark (Anhörung)	09.12.2025	Ö

Anfrage:

Am 20.05.25 hat die Stavo einstimmig, den im Sachverhalt angeführten Antrag beschlossen.

Wir fragen hierzu:

1. Welche Pflichtaufgaben hat der Magistrat ermittelt, bei denen durch den Bund oder Land Hessen das Konnexitätsprinzip verletzt wird?

2. Welche Höhe der vorenthaltenen Finanzmittel wurden jeweils ermittelt?

3. In welchem Stadium befindet sich die Vorbereitung der Klage gegen den Bund und das Land Hessen?

4. Welche Gespräche wurden bisher mit ebenfalls betroffenen Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden geführt?

5. zu welchem Ergebnis haben diese Gespräche geführt?

6. Falls bislang keine Erkenntnisse zu 1-3 vorliegen, möge der Magistrat die Gründe hierfür erläutern.

Sachverhalt:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, bei welchen Pflichtaufgaben der Stadt Rödermark das Konnexitätsprinzip durch das Land Hessen und den Bund verletzt wird.

Die Höhe der hierdurch vorenthaltenen Finanzmittel ist jeweils zu ermitteln.

Weiterhin wird der Magistrat beauftragt, Klage gegen das Land Hessen und den Bund wegen der fortgesetzten verfassungswidrigen Verletzung des Konnexitätsprinzips zu vorzubereiten. Dies sollte nach Möglichkeit gemeinsam mit weiteren betroffenen Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden geschehen

Anlage/n:
Keine